

Renaissance oder Ende der nuklearen Weltordnung?

Wie wir lernen, auf die Bombe zu verzichten

Rolf Mützenich

In Stanley Kubricks Film von 1964 lernten wir, die Bombe zu lieben. Heute, 56 Jahre nach der ersten nuklearen Detonation, haben wir uns mit dem Wissen um ihre absolute Zerstörungskraft arrangiert. In einer multipolaren Welt scheint die atomare Währung jedoch an Wert zu verlieren. Ist die Vision einer nuklearwaffenfreien Zukunft also nur ein Traum oder können wir lernen, auf die Bombe zu verzichten? Rolf Mützenich, MdB und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich dieser Frage angenommen.



Dr. rer. pol. Rolf Mützenich,
geb. 1959 in Köln. MdB,
außenpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion.
rolf.muetzenich@bundestag.de

Hunderttausende Menschen starben, als US-Piloten am 6. August 1945 die erste Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima abwarfen. Diese euphemistisch „Little Boy“ genannte totale Waffe beendete nicht nur den Zweiten Weltkrieg im Pazifik, sondern war auch ein Symbol für die erschreckende Erkenntnis, dass die Menschheit nun die Möglichkeit hatte, sich selbst zu vernichten. Die Zündung der sowjetischen Bombe am 29. August 1949 nahe der kasachischen Stadt Semipalatinsk schuf dann mit dem „Gleichgewicht des Schreckens“ eine Ära, der die Bombe den Namen gab. Das Atomzeitalter lebte von der gegenseitigen glaubhaften Vernichtungsdrohung und bescherte zumindest Europa für lange Zeit einen waffenstarrten Frieden. Für George Orwell war es eine „scheußlich stabile Welt“, in der sich Washington und Moskau weitgehend mit Stellvertreterkriegen begnügten und auch bei der Auswahl ihrer Verbündeten alles andere als wählerisch waren.

Gleichgewicht des Schreckens

Die Atombombe half dabei, sich ab- und andere einzugrenzen. Sie machte ihre Besitzer machtpolitisch bedeutend und auf den ersten Blick berechenbar. Das galt auch noch, als Großbritannien (1953), Frankreich (1964) und China (1964) in den Club der Atomkräfte eintraten, der jene fünf Mächte umfasst, die zugleich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Einzige über ein Vetorecht verfügen. Nun spielt im Spannungsfeld von Aufstieg und Fall der Großmächte die nukleare Stärke eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie fördert Prestige und Sicherheit eines Staates so schnell und unmittelbar wie nichts anderes. Genau diese Wahrnehmung steigert seitdem das Verlangen einzelner Akteure, die Bombe ebenfalls zu besitzen.

Wer die Bombe hat, hat Macht

Die Welt lernte nicht, die Bombe zu lieben, sondern zu fürchten. Doch je weiter der atomare Schutzschild von den beiden Supermächten über ihre Verbündeten gespannt wurde, desto unglaubwürdiger erschien die Abschreckung. Der ständige Kampf um das Machtgleichgewicht schuf die Bedingungen für den Kalten Krieg, der wiederum das nukleare Wettrüsten anspornte, das auf beiden Seiten zum Bau von Tausenden Gefechtsköpfen mit beispielloser Zerstörungskraft führte. Das ursprüngliche Konzept der atomaren Abschreckung war verteidigungsorientiert.

Spirale der Aufrüstung

Drohung wurde in erster Linie als Vergeltung verstanden. Der Abschreckungsgedanke beruhte darauf, dass Drohung und Gegendrohung, Angriffs- und Vergeltungsschlag ebenbürtig waren. Dies bedeutete auch, dass die den ersten Schlag auslösende Seite durch den Erwidierungsschlag mit der Selbstvernichtung rechnen musste.

WAR is MAD

Damit war eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit erreicht, eine neue Qualität im Verhältnis von Krieg und Politik. Krieg im Atomzeitalter war kein (beherrschbares) Mittel der Politik mehr, weil diese zumindest auf der Grundlage gegenseitig garantierter Vernichtung nicht länger die Wahl zwischen Krieg und Frieden hatte. Dennoch wurden Konzepte und Waffen entwickelt, die auch einen atomaren Krieg „führbar“ machen sollten. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara prägte in den 1960er-Jahren den Begriff der gegenseitig gesicherten völligen Vernichtung (Mutual Assured Destruction), wofür sich bezeichnenderweise das Kürzel MAD einprägte. Die beiden atomaren Supermächte glichen nach Robert Oppenheimers prägnantem Zitat „zwei Skorpionen in einer Flasche, die beide einander nur auf Kosten des eigenen Lebens hätten vernichten können“. Der Zukunftsforscher Herman Kahn bemerkte hierzu lakonisch, dass man „mit dem Selbstmord nicht drohen könne“.

Herausforderung Abrüstung und Nichtverbreitung

Auf beiden Seiten wuchs in den 45 Jahren des Kalten Krieges ein Bedrohungsgefühl, das teilweise hysterische Züge annahm. Erst als die Welt während der Berlin- und der Kuba-Krise zu Beginn der 1960er-Jahre an den Rand des Atomkrieges geriet, kam es zum ersten Rüstungskontrollabkommen, dem Moskauer Vertrag über das Verbot nuklearer Explosionen in der Atmosphäre, unter Wasser und im All. Die sich in der Folge herausbildenden Rüstungskontrollregime konnten jedoch die gegenseitigen Aufrüstungsspiralen nicht verhindern: Mitte der Achtzigerjahre, auf dem Höhepunkt der sowjetischen Nuklearrüstung, standen 45.000 russische Sprengköpfe 23.000 US-amerikanischen gegenüber. Genug nukleares Dynamit, um den Planeten gleich dutzendfach auszulöschen. Zeit, um im Westen „nachzurüsten“, wie US-amerikanische und deutsche Politiker, einschließlich des heutigen Abrüstungsbefürworters Helmut Schmidt, meinten und damit unbeabsichtigt eine breite, gelegentlich allzu naive Friedensbewegung aus der Taufe hoben.¹ Die Aufrüstungsspirale und die damit verbundenen Kosten führten aber auch zu einer Art „nuklearem Lernen“. Beide Seiten begriffen, dass sie trotz ihrer weltpolitischen Systemkonfrontation auch Elemente der Kommunikation und Kooperation benötigten, um die Gefahr des beiderseitigen Untergangs zu vermeiden. Die Rüstungskontrollverhandlungen der Siebziger- und Achtzigerjahre – mit den SALT- (Strategic Arms Limitation Talks) und START-Verträgen (Strategic Arms Reduction Treaty), den MBFR-Verhandlungen (Mutual and Balanced Force Reductions) und dem INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) – waren von dieser Einsicht geprägt.

Der Atomwaffen- sperrvertrag

1970 trat der zwei Jahre zuvor beschlossene Atomwaffensperrvertrag (NVV) in Kraft. Darin ist festgelegt, dass der Club der Nuklearmächte auf fünf ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates begrenzt bleiben soll. Im Gegenzug verpflichten sich diese Staaten den atomaren „Habenichtsen“ gegenüber, ihnen bei der zivilen Nutzung der Kernenergie mit Know-how und Technik zu helfen sowie selbst das eigene Arsenal abzurüsten. In Vergessenheit geraten ist, dass in Deutschland der Verzicht auf die Bombe damals heftig umstritten war. Nicht wenige in der Union

¹ Vgl. hierzu Alt, Franz: Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt. Piper, München 1983.

träumten damals vom eigenen Finger am nuklearen Abzug. Altbundeskanzler Konrad Adenauer bezeichnete den Atomwaffensperrvertrag als „zweites Jalta“ und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß schmähte ihn gar als ein „Versailles von kosmischen Ausmaßen“. Erst unter Willy Brandt unterzeichnete die Bundesrepublik 1969 das Vertragswerk, das mittlerweile von 190 Nationen ratifiziert wurde. Der Atomwaffensperrvertrag ist bis heute eine Erfolgsgeschichte. Er half bei der freiwilligen nuklearen Abrüstung atomarer Schwellenländer wie Südafrika und Brasilien ebenso wie später bei der „nuklearen Entsorgung“ der sowjetischen Nachfolgestaaten Kasachstan und Ukraine. Er blieb naturgemäß bei jenen Ländern wirkungslos, die ihm nicht beitraten: Indien, Pakistan und Israel.

Israel, das offiziell nie sein Streben nach Kernwaffen eingestand, wurde vermutlich bereits 1967 zur Atommacht; Indien und Pakistan brauchten etwa 30 Jahre länger, bevor sie 1998 schließlich kurz nacheinander ihre Kernwaffen zündeten. Abdul Qadir Khan, der „Vater der pakistanischen Bombe“, hat wiederum nachweislich über Jahre Nordkorea und Iran mit Atomzentrifugen und modernstem Nuklear-Know-how versorgt. Als der Deal einer seiner Tarnfirmen mit Libyen aufflog, wurde Khan zwar unter Hausarrest gestellt, aber nicht einmal Pakistans damaliger Präsident Musharraf traute sich, dem äußerst populären „Doktor Seltsam“ den Prozess zu machen. Er verlangte von dem Ingenieur lediglich ein öffentliches Geständnis: Khan musste im Februar 2004 vor die Kameras des pakistanischen Fernsehens treten. Er räumte ein, Teile und Pläne für die atomare Rüstung nach Libyen, Nordkorea und Iran geliefert zu haben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in Libyen lohnt es sich daran zu erinnern, dass auch Gaddafi die Bombe wollte. Nach neunmonatigen Geheimverhandlungen mit den USA und Großbritannien willigte er am 20. Dezember 2003 ein, alle Massenvernichtungswaffen zu zerstören und seine Programme zur Entwicklung dieser Waffen zu beenden. 2004 unterzeichnete Libyen das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag und öffnete sich den Kontrollen der IAEA (Internationale Atomenergie-Organisation). Eine Entscheidung, die Gaddafi heute möglicherweise bereut. Auch Syrien verlangte und verlangt es nach der Bombe. Im September 2007 zerstörten israelische Kampfflugzeuge dort eine Atomanlage, die zur Gewinnung von Uran genutzt worden sein soll – auch wenn dies die syrische Regierung bis heute bestreitet.

Die Abtrünnigen

Die Auflösung der bipolaren Stabilität in eine multipolare „Unordnung“ hat das internationale System destabilisiert, aber gleichzeitig auch für Veränderungen geöffnet. Zur nostalgischen Verklärung des Abschreckungsfriedens während des Kalten Krieges besteht ohnedies kein Anlass, zumal wenn man seine Opfer, Kosten und Risiken betrachtet. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stellte sich nicht nur die Frage, ob erfolgreiche nukleare Abschreckung unter gänzlich anderen Bedingungen auch in Zukunft gelingen kann. Es begannen auch Überlegungen, inwieweit erste Schritte hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt realisierbar seien. Spätestens seit seiner Prager Rede im April 2009 hat sich Präsident Obama zumindest deklaratorisch ebenfalls zu dieser Vision – wenn auch als Fernziel – bekannt. Er betonte ausdrücklich die moralische Verantwortung der USA: „[...] (A)ls Nuklearmacht – als einzige Nuklearmacht, die eine Atomwaffe eingesetzt hat – haben die Vereinigten Staaten eine moralische Verantwortung zu handeln [...]“. Dass „die Vereinigten Staaten entschlossen sind, sich für den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Atomwaffen einzusetzen [...]“, verdeutlichte Obama ebenfalls. Zugleich

Global Zero

betonte er jedoch auch: „Solange es diese Waffen gibt, werden wir ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung unserer Verbündeten garantieren.“²

**Einmal die Bombe,
immer die Bombe**

Die International Commission on Nuclear Nonproliferation and Disarmament hat eine Reihe von Gründen aufgelistet, aus denen politische Entscheidungsträger nach wie vor an Atomwaffen festhalten.³ Zu den gängigsten Glaubensgrundsätzen gehört die nach wie vor für notwendig gehaltene Abschreckungsfunktion gegen konventionelle, chemische und biologische Waffen. Genannt wird außerdem das Kostenargument, da Atomwaffen billiger seien als konventionelle Streitkräfte. Zu guter Letzt die häufigste Begründung: Die Erfindung von Atomwaffen könne nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Da das Wissen über ihre Herstellung in der Welt sei, gebe es folglich auch keine realistische Möglichkeit, sie abzuschaffen. Um den nuklearen Geist in der Flasche zu halten, müsste ein globales Verifikations- und Kontrollverfahren sicherstellen, dass niemand sich heimlich wieder Atomwaffen zulegt. Realpolitiker und NATO-Strategen wie Lothar Rühl und Christian Hacke halten die Global-Zero-Vision nicht nur für unrealistisch, sondern sogar für gefährlich. Für sie bleibt die nukleare Abschreckung auch in Zukunft unverzichtbar: „Dass Staaten durch das Überleben des anderen etwas zu gewinnen hatten – diese Logik war mit dem Besitz von Nuklearwaffen zutiefst verbunden. Ein Rückfall in eine Welt ohne Nuklearwaffen ist nicht wünschenswert, denn ohne sie wäre auch die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich konventionell geführte Kriege bis hin zu einem Weltkrieg ausweiten.“⁴

**Immerhin: nuklear-
waffenfreie Zonen**

Für Global Zero gilt im Übrigen: „Der Weg ist das Ziel.“ Abrüstung, Kontrolle und eine weitere Reduzierung bis hin zu einer Minimalabschreckung von wenigen hundert Sprengköpfen sind dabei durchaus realistische Vorhaben. Auch wenn es bis zu einer atomwaffenfreien Welt noch weit ist, gibt es doch erste Erfolge zu verzeichnen: Derzeit sind 114 der 193 UN-Mitglieder Teil regionaler nuklearwaffenfreier Zonen, in denen der Besitz, die Stationierung und die Androhung der Anwendung von Atomwaffen verboten sind. Zu den positiven Entwicklungen zählt weiterhin das Inkrafttreten von zwei neuen Verträgen über atomwaffenfreie Zonen in Zentralasien und Afrika 2009.⁵ Die Einrichtung weiterer solcher Areale in Nordostasien, der Arktis und in Zentraleuropa sollte genauso ermutigt werden wie das Durchsetzen einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten. Deshalb müssen die offiziellen Atomwaffenmächte ihre Vorbehalte gegenüber derartigen regionalen Abmachungen zurückstellen und die erforderlichen Zusatzprotokolle wie den Bangkok-Vertrag unterzeichnen. Ein wichtiger Faktor für weitere Abrüstungsschritte sollte dabei nicht verschwiegen werden: Der größte Antrieb für weitere Reduzierungen liegt in der Weltfinanzkrise, die somit zumindest einen positiven sicherheitspolitischen Aspekt hat, indem sie Abrüstung – auch der im Unterhalt teuren Nuklearwaffen – erleichtern könnte.

2 Obama, Barack: Prager Rede, 5. April 2009.

3 Vgl. Eliminating Nuclear Threats. Report of the International Commission on Nuclear Nonproliferation and Disarmament, Canberra/Tokyo 2009.

4 Hacke, Christian: Abrüsten – aber mit Verstand. In: Internationale Politik 09/2010, S. 101-107, hier S. 102.

5 Kernwaffenfreie Zonen existieren in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco, 1967), im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga, 1985) in Südostasien (Vertrag von Bangkok, 1997), in Afrika (Vertrag von Pelindaba, 1996), in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk, 2006) und der Antarktis (Antarktisvertrag, 1959).

Erstmalig nimmt auch die US-amerikanische Nuclear Posture Review (NPR) das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt explizit auf und stellt fest, dass es „im Interesse der USA und aller anderen Nationen“ liege, wenn der „fast 65 Jahre andauernde Rekord, Nuklearwaffen nicht einzusetzen, auf ewige Zeiten ausgedehnt werden“ könne. Washington verpflichtet sich erstmals dazu, keine Nuklearwaffen gegen Nichtatommächte einzusetzen. Die Bombe wird als vorrangig politisches Mittel betrachtet und dient vor allem der Abschreckung. Das Recht auf den Einsatz nuklearer Waffen will sich Washington also künftig nur noch gegen Länder vorbehalten, die entweder selbst über Atomwaffen verfügen oder aber biologische und chemische Waffen besitzen und ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nicht einhalten. Damit geht die NPR weiter als die vom NATO-Gipfel in Lissabon beschlossene Strategie. Weitere Erfolge auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen sind die Unterzeichnung und Ratifizierung des New-START-Abkommens sowie die Tatsache, dass die Überprüfungskonferenz des NVV 2010 mit einem relativen Erfolg und der Verabschiedung eines Abschlusskommuniqués beendet werden konnte, das auch Gespräche über die Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten beinhaltet. Weitere Punkte auf der Abrüstungsagenda sind die taktischen Nuklearwaffen und die noch immer ausstehende Ratifizierung des Atomteststoppabkommens von 1996 durch die USA. Sollen taktische Nuklearwaffen Gegenstand des nächsten Abrüstungsvertrages werden, müssten Regeln dafür geschaffen werden, wie man atomare Sprengköpfe überprüfbar abrüstet. Das ist Neuland und erfordert erheblich mehr Transparenz als die Überprüfung der abzurüstenden großen, sichtbaren atomaren Trägersysteme. Doch der Weg ist noch lang: Weltweit existieren an die 25.000 atomare Sprengköpfe. In 40 Staaten der Welt lagern ca. 2.500 Tonnen Spaltmaterial, aus denen theoretisch weitere 200.000 Kernwaffen gebaut werden könnten. Und die Proliferationsgefahren sind sehr real. Klar ist: Die Bedeutung der Atomwaffen insgesamt muss verringert, das nukleare Tabu durchgesetzt werden.

Klare Abrüstungsagenda

Auch eine Konsolidierung der IAEAO ist nötig. Wenn bei der Genfer Abrüstungskonferenz die pakistanische Blockade gegenüber einem die Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke verbietenden Vertrag (dem sog. FMCT) überwunden werden könnte und ein solcher abgeschlossen würde, käme auch der gesamte nukleare Komplex in den Kernwaffensaat unter die Überwachung der IAEAO. Dies wäre ein beachtlicher Fortschritt. Des Weiteren nimmt eine internationale nukleare Brennstoffbank unter Kontrolle der IAEAO zunehmend Gestalt an. Nicht nur die Atommacht Frankreich setzt sich dafür ein, auch China versucht offenbar Iran davon zu überzeugen, sein Uran in einer solchen Bank anreichern zu lassen. Im sibirischen Angarsk, gut 5.000 Kilometer südöstlich von Moskau, ist sogar bereits eine solche Brennstoffbank eröffnet worden. Um die IAEAO effizienter zu machen, müssten außerdem alle Staaten das 1997 beschlossene Zusatzprotokoll zum Sperrvertrag für schärfere und unangemeldete Checks unterschreiben. Zurzeit ist es gerade mal in 69 Staaten in Kraft.

IAEO stärken!

Mit diesen konkreten Vorhaben hätte man für die nächsten fünf bis zehn Jahre schon ein sehr strammes Programm in Richtung auf eine kernwaffenfreie Welt. Doch auch wenn alle Atomwaffen abgeschafft werden würden, fielen die nukleare Abschreckung nicht weg. Sie würde in Form von Forschungslaboren und Fähigkeiten zur Produktion weiter existieren. Es geht deshalb nicht darum, Erfindungen rückgängig zu machen, sondern Nuklearwaffen weltweit zu ächten und zu verbieten sowie einen entsprechenden internationalen Kontroll- und Sanktionsmechanismus

Die Kunst, mit dem Know-how zu leben

einzusetzen. Das Wissen über den Bau der Bombe lässt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Deshalb geht es um die Kunst, mit diesem Wissen zu leben und trotzdem keine Atomwaffen zu bauen. Die Hindernisse auf dem Weg zur Beendigung der nuklearen Bedrohung sind in erster Linie politischer und nicht technischer oder militärischer Natur.

Fukushima – Ende der nuklearen Ära?

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima ist bereits das Ende des Atomzeitalters prognostiziert worden. Angesichts der vorhandenen und der noch geplanten Atomkraftwerke scheint dies jedoch voreilig. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass das Land, das geografisch mit am weitesten entfernt von der Katastrophe liegt, die weitreichendsten Konsequenzen gezogen hat: Für Deutschland bedeutet Fukushima definitiv den Einstieg in den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie. Andernorts erlebt diese Energiequelle jedoch trotz Fukushima eine Renaissance. Nicht nur in Indien oder China, auch in Brasilien oder Ägypten – überall entstehen neue Atomkraftwerke. Damit wächst auch die Zahl der Staaten, die Nuklearwaffen bauen könnten. Die im März 2011 havarierten Reaktoren von Fukushima haben in Lateinamerika nur eine begrenzte Atomdebatte losgetreten. Insbesondere Argentinien, Brasilien und Chile halten unbeirrt am Bau neuer Atomkraftwerke fest. Der damit einhergehende zusätzliche Bedarf an angereichertem Kernbrennstoff steigert auch die Gefahr, dass friedliche Kerntechnik für den Atomwaffenbau missbraucht wird. Nicht zuletzt der ehemalige Generaldirektor der IAEO, Mohammed el-Baradei, hat vor der Entstehung „virtueller“ Atomwaffenstaaten gewarnt, wenn der nukleare Brennstoffkreislauf geschlossen wird und die Fähigkeit zur Urananreicherung oder Wiederaufbereitung vorhanden ist. Mit anderen Worten: Der Glaube, es gebe zwei Atomenergien – eine gute friedliche und eine böse militärische –, erweist sich zunehmend als Irrglaube. Doch die IAEO soll die Atomwaffen kontrollieren – und propagiert gleichzeitig die Atomenergie. Kernkraft bleibt eine janusköpfige Technik, weil die militärische und die zivile Nutzung nicht voneinander zu trennen sind. Es haben immer mehr Staaten als nur die fünf offiziellen Nuklearmächte Zugang zu Atomwaffen und Kernsprengstoffen. Die Gefahr der sogenannten Proliferation – also der Verbreitung von Wissen und waffenfähigem Material – wird immer größer, je mehr Staaten es gibt, die Atomkraftwerke bauen. Durch die Entwicklung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken entsteht auch die Option auf die Bombe.

Atommächte der Zukunft = Weltmächte der Zukunft?

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts befindet sich das internationale System im Wandel. Es ist vor allem geprägt durch Veränderungen in der Machtverteilung zwischen den großen Akteuren. Der relative Abstieg der USA geht einher mit dem Aufstieg der sogenannten BRIC-Staaten⁶, vor allem mit dem Indiens und Chinas. So stellt sich die Frage, welche Bedeutung nukleare Waffen in der Welt des 21. Jahrhunderts noch haben, in der ganz andere Machtverhältnisse eine Rolle spielen. Sind die Weltmächte der Zukunft automatisch auch Atommächte? Zbigniew Brzezinski nennt vier Kriterien, die eine Weltmacht kennzeichnen: globale militärische Präsenz, Größe der Volkswirtschaft, technischer Vorsprung in innovativen Branchen, insbesondere der Informationstechnik, und kulturelle Ausstrahlungskraft, die sowohl die populäre Massenkultur wie die Elitenkultur erfasst.⁷ In einer Studie der Bertelsmann Stiftung wird die ökonomische Leistungskraft als eine der zentralen Eigenschaften kommender Weltmächte definiert: Wirtschaftliche Macht, politische Stabilität und ein leistungsfähiger Bildungs- und Forschungssektor werden mit Werten um die

⁶ BRIC steht für die vier größten „Schwellenländer“ Brasilien, Russland, Indien und China.

⁷ Vgl. Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Fischer, Frankfurt a. M. 1999.

50 Prozent bedacht, während Rohstoffreichtum und vor allem militärische Stärke bei 24 beziehungsweise 21 Prozent liegen.⁸ Kurz: All das, was Joseph Nye schon vor vielen Jahren unter dem Begriff der *soft power* zusammengefasst hat, beschreibt heute die Insignien einer Weltmacht des 21. Jahrhunderts.⁹

All dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass Nuklearwaffen bedeutungslos werden. Denn der Besitz der Bombe verschafft Respekt und ist nach wie vor erstrebenswert – besonders für Außenseiter der internationalen Politik und Terrororganisationen. Gleichzeitig funktioniert die Abschreckung, die im Kalten Krieg – wenn auch mehr schlecht als recht – die Katastrophe verhinderte, in einer Welt mit zehn Atommächten nicht mehr und verursacht hier Instabilität. Keiner kann sich noch darauf verlassen, dass der Gegner kalkuliert handelt. Auch wenn John Mearsheimer behauptet, der Besitz der Bombe führe zu rationellem und verantwortungsvollem Handeln,¹⁰ würde eine ungehemmte Proliferation im Gegenteil resultieren: Mehr nukleare Akteure mit vielfältigen Konflikten, instabilen innenpolitischen Bedingungen und mangelhafter Fähigkeit zu „nuklearem Lernen“ wären die Folge – eine brisante Mischung. Hinzu kommt, dass die Nichtkernwaffenstaaten, die während des Ost-West-Konflikts Nuklearwaffen – wenn auch widerwillig – zumindest zeitweilig tolerierten, deren Legitimität für die Ära nach dem Kalten Krieg grundsätzlich bestreiten. Als Geschäftsgrundlage für das Fortbestehen des NVV fordern sie einen globalen Konsens darüber, den Vertrag als Instrument zur Schaffung einer kernwaffenfreien Welt zu begreifen. Die offiziellen Atommächte haben unter Führung Obamas zwar Interesse an einer weiteren Reduzierung ihrer Nukleararsenale, sehen aber das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt als Vision, der es sich schrittweise zu nähern gilt.

Stabilität oder Instabilität durch Atommächte?

Bei der atomaren Abrüstung spielen die USA und Russland als Erben der beiden Supermächte des Kalten Krieges die Schlüsselrollen. Nach der Auflösung der Sowjetunion gab es ein gemeinsames Interesse, alle sowjetischen Atomwaffen, d. h. auch die in der Ukraine, in Belarus und Kasachstan lagernden, in den Händen des russischen Staates zu konzentrieren. Dies ist gelungen. Zugleich wurde Russland damit militärstrategisch in eine Stellung gehievt, die es sonst auf keinem anderen Gebiet mehr beanspruchen kann: wie zu Zeiten der Sowjetunion der wichtigste Widerpart, Gesprächs- und Verhandlungspartner der USA zu sein. Bis vor Kurzem verfügten Russland und die USA noch über fast 20.000 Atomwaffen, wovon ca. 11.000 auf die Russische Föderation und 8.500 auf die Vereinigten Staaten entfielen. 2010 gaben die USA bekannt, dass sie derzeit über 5.113 einsatzfähige Nuklearwaffen verfügen. Künftig – so die neue Vereinbarung – dürfen Russland und die USA jeweils noch bis zu 1.550 nukleare Sprengköpfe und bis zu 700 strategische Trägersysteme einsatzbereit halten.

Nukleare Weltmächte USA und Russland

Das ursprüngliche nukleare Dispositiv der USA verliert zunehmend an Bedeutung. In der NPR vom April 2010 verzichtet Washington erstmals explizit auf den Einsatz von Atomwaffen gegen all jene Nichtkernwaffenstaaten, die sich an die Regeln des NVV halten. Obama hat damit das wichtigste nukleare Tabu wiederhergestellt: Unter Obama kehren die Vereinigten Staaten zu einer Definition von Atomwaffen als reine Abschreckungsinstrumente zurück. Washington setzt in Zukunft verstärkt

USA: Atomwaffen als Restabschreckung

⁸ Vgl. Wer regiert die Welt? Schlussfolgerungen aus einer weltweiten Repräsentativbefragung „Weltmächte im 21. Jahrhundert“, Bertelsmann Stiftung, Juni 2006.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Mearsheimer, John: Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War. In: International Security, Vol. 15, No. 4, 1990, S. 5-56.

auf modernisierte und effektive konventionelle Waffensysteme sowie auf ein globales Netz von Raketenabwehrsystemen. Atomwaffen könnten somit langfristig auf eine Restabschreckungsgröße von einigen Hundert reduziert werden. Voraussetzung dafür ist, dass das Projekt Raketenabwehr erfolgreich unter Einbeziehung Russlands multilateralisiert wird. Hier gibt es neben Fortschritten aber noch eine ganze Reihe offener Fragen.

Russland fürchtet um seine Position

Während die USA unter Obama die nukleare Abrüstung propagieren, sieht Moskau in seinen Atomwaffen nach wie vor ein unverzichtbares Instrument gegen die Überlegenheit der USA im Bereich der konventionellen Streitkräfte. Aus diesem Grund ändert der neue Abrüstungsvertrag aus Moskauer Sicht nichts an der Notwendigkeit zur Modernisierung der eigenen Armee. Russland liegt daran, sein nukleares Abschreckungspotential im Grundsatz zu erhalten, um unter dessen Schutz aus einer mobilisierungsabhängigen Massenarmee ein jederzeit einsatzbereites, modern ausgerüstetes Heer zu machen, in dem vorwiegend Zeit- und Berufssoldaten dienen. Die quantitative Abrüstung stellt Ressourcen für qualitative Verbesserungen des russischen Abschreckungsarsenals zur Verfügung. Gleichzeitig sollen diese Ressourcen der großen Militärreform zugute kommen, die Moskau gerade angepackt hat, um seine maroden konventionellen Streitkräfte zu modernisieren und der veränderten Sicherheitslage anzupassen. Nach dem Ende des Kalten Krieges erschienen die USA für etwa ein Jahrzehnt als unangefochtene Supermacht und Hegemon. Mittlerweile mussten aber auch die Vereinigten Staaten erfahren, dass sie auf Verhandlungs- und Vertragspartner angewiesen sind.

Ist der Hegemon noch immer US-Amerikaner?

Das Jahrhundert der US-amerikanischen Dominanz scheint sich seinem Ende zuzuneigen. Das Haushaltsdefizit und die gewaltige Staatsverschuldung gefährden nicht nur das Vertrauen in den Dollar, sondern auch in die Führungsrolle. Das Platzen der Kredit- und Immobilienblase hat das globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds geführt. Die Totalblockade im Streit um die Anhebung der Schuldengrenze zwischen Demokraten und Republikanern lässt für die Zukunft nichts Gutes hoffen. Welthegeemonie auf Pump ist in der Geschichte neu, doch Washingtons Macht beruht mittlerweile zum Großteil auf geliehenem Geld. Die Staatsschulden der USA haben Ende Dezember 2010 die Marke von 14 Billionen Dollar überschritten. Das Haushaltsdefizit lag somit im vergangenen Jahr bei rund zehn Prozent der Wirtschaftsleistung. Amerikas Massenkonsum wird seit zwei Jahrzehnten bedient durch chinesische Produkte und finanziert durch US-Staatsanleihen in chinesischer Hand. Die Schuldenkrise beschleunigt damit auf dramatische Weise das, was viele Experten für einen langwierigen Prozess hielten: Sie verändert die Machtverschiebung in der Geopolitik, konkret die Balance zwischen den USA und China. Dennoch sollte man sich hüten, nun wie in den Achtzigerjahren voreilig den Niedergang der USA an die Wand zu malen. Auch wenn die Vereinigten Staaten relativ an Macht verlieren werden, bleiben sie doch auf absehbare Zeit ein dominierender politischer und militärstrategisch sogar der einzige Akteur mit weltweitem Aktionsradius.

Das Jahrzehnt nach 1989 mit nur einer Supermacht war weltgeschichtlich gesehen ein Interregnum, ein „unipolarer Moment“¹¹. Was die US-Amerikaner und die Welt besonders umtreibt, ist die Frage, welche Richtung China in 20, 30 Jahren einschlägt. Wird es ein saturiertes Land sein, das sich mehr oder weniger in die

11 Vgl. Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs, Vol. 70, 1/1991, S. 23-33. Ders.: The Unipolar Moment Revisited. In: The National Interest, Winter 2002/2003, S. 5-17.

von den USA geschaffene Nachkriegsordnung einfügt? Wird es gar einen isolationistischen Weg einschlagen und keinen Beitrag zur internationalen Ordnung leisten wollen? Oder wird es zu militärischen Spannungen kommen? Mit anderen Worten: Wird China eine Status-quo- oder eine revisionistische Weltmacht sein? Fest steht: Das Land ist der eigentliche Aufsteiger des letzten Jahrzehnts. Es konnte seinen Anteil am Weltsozialprodukt zwischen 1999 und 2009 von 1,75 auf beachtliche 8,5 Prozent steigern und 2010 Japan von Platz zwei der Weltwirtschaftsrangliste verdrängen. Die jüngste Prognose der US-Regierung lautet, dass das chinesische Sozialprodukt das der Vereinigten Staaten im Jahre 2036 übertreffen wird.¹² Zudem hat China innerhalb kürzester Zeit sein politisches Machtpotenzial als größter Gläubiger der USA massiv ausgebaut. Ohne chinesische Kredite, die inzwischen 20 Prozent der US-amerikanischen Staatsschulden ausmachen, wäre die Weltmachtrolle der Vereinigten Staaten nicht mehr finanzierbar. Des Weiteren ist das Reich der Mitte trotz seiner relativen Aufrüstung ein Beispiel dafür, dass Atomwaffen als Machtwährung weiter an Bedeutung verlieren könnten. China ist nicht wegen seiner ca. 200 Atomwaffen, sondern aufgrund seiner wirtschaftlichen Erfolge zur Weltmacht und zum Hauptgläubiger der USA geworden. Auch hat die Volksrepublik Deutschland bei der Weltbank vom Platz drei der Teilhaber verdrängt. All das übersetzt sich in konkrete Machtgewinne.

Die neue Weltmacht China

Bei der Verfolgung ihrer geopolitischen Interessen sind der Rohstoff- und Energiehunger der Chinesen zu spüren. Die Einbeziehung Chinas in eine nachhaltige und verantwortungsvolle Politik – zum Beispiel in Afrika oder Süd- und Mittelamerika, aber auch im Klima- und Ressourcenschutz – steht noch am Anfang. Die ständige Mitgliedschaft des Landes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt bei der Lösung internationaler Konflikte in der Regel die Kooperation Pekings voraus. China hat sich dabei in den letzten Jahren zu einem aktiven Teilnehmer an UN-Friedensoperationen entwickelt und engagiert sich bei der Piratenverfolgung vor der Küste Somalias. Durch seine grundsätzliche Zurückhaltung gegenüber allen Aktionen des Sicherheitsrates, die in die Souveränität anderer Staaten eingreifen, bleibt China im UN-Kontext (Iran-Sanktionen, Nordkorea etc.) oft ein schwieriger Partner; die Enthaltung bei der Libyen-Resolution 1973 dürfte deshalb wohl eher die Ausnahme von der Regel bleiben. Als Weltmacht der Zukunft wird Peking dasselbe beanspruchen wie die USA: die Sicherung größtmöglicher Mitbestimmung in internationalen Gremien bei gleichzeitiger Wahrung maximaler Handlungsfähigkeit und Souveränität. Dabei setzen die Chinesen zunehmend auch auf *soft power*: Über ein weltweites Netz von Vertretungen, Konfuzius-Instituten, eine aktive chinesische Diaspora in vielen Ländern, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit (wie zuletzt auf der Frankfurter Buchmesse) und Großereignisse (Olympische Spiele 2008 und EXPO 2010 in Shanghai) versucht das Land, sein internationales Image zu verbessern. Doch obwohl China Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit an Lösungen globaler Fragen zeigt, verweist es bei schwierigen Themen wie bspw. der Klimapolitik nach wie vor auf seinen Status als „Entwicklungsland“, um die eigene internationale Verantwortung zu relativieren und seiner Rolle als Interessensverwalter der G77 gerecht zu werden. Des Weiteren sieht China die G20 zwar als ein wichtiges Instrument für die Reform der globalen Finanzarchitektur, als Mitglied der Permanent Five ist es jedoch in politischen Fragen grundsätzlich daran interessiert, dass die herausgehobene Funktion des UN-Sicherheitsrates nicht durch eine Vielzahl anderer Gremien in Frage gestellt wird. Doch wenn China Weltmacht sein will, darf es künftig nicht nur mehr Rücksicht verlangen – es muss auch mehr Verantwortung übernehmen.

Schwierige Integration Chinas

12 Vgl. Global Trends 2025, A Transformed World. Washington D.C. 2008, S. 6.

Für die meisten Europäer, die seit 1989 aus dem nuklearen Schatten herausgetreten sind, ist es schwer nachvollziehbar, in welchem Ausmaß die Atombombe in anderen Weltregionen nach wie vor als die ultimative Machtwährung gilt.¹³ Frankreich und Großbritannien verfügen seit geraumer Zeit schon aus finanziellen Gründen nur noch über eine Minimalabschreckung, halten aber dennoch an Nuklearwaffen fest. Momentan verfügt Großbritannien über 225 einsatzbereite Atomsprengköpfe. Zudem plant London eine Modernisierung seines Arsenal. Rund 30 Milliarden Euro will die Regierung dafür ausgeben. Die vier mit je 16 atomaren Trident II D5-Raketen ausgerüsteten U-Boote „Vanguard“, „Victorious“, „Vigilant“ und „Vengeance“ sollen im Verlauf der kommenden zwei Jahrzehnte durch eine neue Generation ersetzt werden. Während Großbritannien den US-amerikanischen Abrüstungsinitiativen durchaus aufgeschlossen gegenübersteht, stößt Obama damit bei der zweiten europäischen Nuklearmacht Frankreich auf wenig Gegenliebe. Die „Force de Frappe“ besteht derzeit aus ca. 300 einsatzbereiten Sprengköpfen. Das Land hat vor, Atommacht zu bleiben, und will sich nicht in seine Nuklearpolitik hineinreden lassen. Es wundert deshalb nicht, dass die Erklärungen der NATO zum nuklearen Dispositiv in der amerikanischen NPR zurückbleiben. Paris bremst und ist auch nicht bereit, sein Nuklearpotenzial in irgendwelche multilateralen Abrüstungsrunden einzubringen, bevor nicht auch die Vereinigten Staaten und Russland auf jeweils 500 Atomsprengköpfe abgerüstet haben. Nach wie vor verweigert Frankreich jede Zusage, im Konfliktfall nicht als erster Beteiligter Atomwaffen einzusetzen. Auch nach Fukushima steht für Paris fest, dass die Kernkraft eine weltweite Renaissance erfährt. Umso wichtiger sei es, den neuen Interessenten an ihrer zivilen Nutzung den Zugang zu erleichtern, da darauf nach wie vor die Legitimität des NVV beruhe. Insbesondere solche Kerntechnik, die ein hohes Maß an Sicherheit biete, sollte verbreitet werden. Dass sich Frankreich hier als Lieferant sieht, versteht sich von selbst. Außerdem planen die beiden einzigen europäischen Atommächte eine gemeinsame Einsatztruppe für NATO, EU, UNO oder bilaterale Vorhaben vom Umfang einer Brigade, die mit Luft- und Seeunterstützung ausgerüstet werden soll. Großbritannien und Frankreich wollen des Weiteren ihre Flugzeugträger so einrichten, dass sie auch von Militärflugzeugen des anderen Landes genutzt werden können. Der Hauptgrund für diese verstärkte Zusammenarbeit liegt dabei weniger in der Förderung des europäischen Gedankens, sondern ist vielmehr in ökonomischen Zwängen auf beiden Seiten des Ärmelkanals begründet.

Großbritannien modernisiert, Frankreich stellt sich stur

EU: politisch impotent

Die EU wird nicht nur daran gemessen werden, wie sie mit der Finanzkrise fertig wird, sondern auch an ihrem weltpolitischen Anspruch. Europa ist immer noch weit davon entfernt, seine gewaltige wirtschaftliche Kraft in politische Potenz umzumünzen. Die europäische Außenpolitik ist durch den Vertrag von Lissabon nicht effizienter, sondern komplizierter geworden – geprägt von Eifersüchteleien zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament sowie einer schwachen und strukturell weitgehend machtlosen Lady Ashton als Karikatur einer europäischen Außenministerin. Zu einer Zeit, in der sich die USA ihres relativen Machtverlustes und ihrer Grenzen bewusst werden und die neuen Mächte bislang kaum eine konstruktive Rolle spielen, würde ein einiges Europa gerade jetzt gebraucht.

Die De-facto-Atommächte

Bei aller Kritik hat der NVV immerhin erreicht, dass die Zahl der Atommächte die Zehnermarke bis heute nicht überschreitet. Es haben sogar u. a. die Ukraine, Belarus, Kasachstan, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Taiwan und zuletzt Libyen

¹³ Vgl. Mützenich, Rolf: Atomare Schatten. Das zweite Nuklearzeitalter. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2008, S. 31-43.

ihre nuklearen Waffenprogramme beendet bzw. darauf verzichtet, solche zu entwickeln. Nur Indien, Pakistan und Israel befinden sich außerhalb des globalen Nichtverbreitungsregimes, Nordkorea hat seinen Austritt erklärt. Doch auch diese Länder können nicht für immer der internationalen Nuklearordnung fernbleiben.

Der indische Nukleardeal war ein Fehler und befördert Nachahmer. Gleichwohl kann er perspektivisch dazu benutzt werden, die künftige Weltmacht näher an das nukleare Nichtverbreitungsregime heranzuführen. Indien hat sein Atomprogramm bereits in einen zivilen, von der IAEO kontrollierten, und einen militärischen Teil getrennt. Zudem erklärte sich Neu-Delhi bereit, formale Schritte einzuleiten, um das globale Nichtverbreitungsregime zu fördern. Tatsächlich untergräbt der indisch-amerikanische Atomdeal jedoch den NVV, weil er Indien als neue Nuklearmacht faktisch anerkennt, obwohl es eine sechste Atommacht laut Sperrvertrag nicht geben kann. Im Übrigen können sowohl Indien als auch Pakistan und Nordkorea einer Global-Zero-Vision nichts abgewinnen, müssten sie doch auf einen Status verzichten, den sie sich nur mit größten Mühen verschafft haben. Nuklearwaffen sind für sie die Trittleiter, die es ihnen ermöglicht, „auf Augenhöhe“ mit den offiziellen Atommächten zu sprechen.

**Faules Geschäft
mit Indien**

Pakistanische Atommeiler werden zwar IAEO-Kontrollen unterzogen und die Organisation erbringt zusätzlich wichtige Unterstützungsleistungen für die Sicherung ziviler nuklearer Anlagen und Materialien. Doch nirgendwo wächst das Atomwaffenarsenal schneller als in Pakistan, das nicht umsonst als das gefährlichste Land der Welt gilt. In weniger als einem Jahrzehnt könnte der chronisch instabile Staat zur viertstärksten Atommacht aufsteigen. Er hat laut übereinstimmenden Schätzungen von Experten sein Arsenal inzwischen auf etwa 100 bis 110 Sprengköpfe aufgestockt und damit seinen Rivalen Indien, dessen Streitkräfte möglicherweise über 60 bis 100 Nuklearwaffen verfügen, eingeholt oder sogar hinter sich gelassen. Zudem soll Pakistan genug spaltbares Material (Plutonium und hochangereichertes Uran) für 40 bis 100 weitere Waffen produziert haben. Die Notwendigkeit dafür ergab sich aus Sicht des Landes durch den indischen Nukleardeal. Pakistan versucht, mit seinem ambitionierten Atomprogramm ein Gegengewicht zu dem diplomatischen Erfolg Indiens zu schaffen. Verschärft wird die Lage dadurch, dass China beabsichtigt, Pakistan zwei Atomkraftwerke zukommen zu lassen, obwohl Islamabad mit seiner Forderung gescheitert ist, wie der indische Rivale ebenfalls eine Ausnahme von Lieferbeschränkungen zu erhalten. Zudem blockiert Pakistan sämtliche Bemühungen der USA, bei der an das Konsensprinzip gebundenen Abrüstungskonferenz in Genf Verhandlungen über einen Vertrag in Gang zu bringen, der die Produktion von spaltbarem Material für Atomwaffen verbieten soll – ein Kernstück der Abrüstungsinitiative von Präsident Obama. Nicht zuletzt die Tatsache, dass Osama bin Laden offenbar fast ein Jahrzehnt ungehindert Zuflucht in der Nähe der pakistanischen Hauptstadt finden konnte, hat die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen empfindlich belastet.

Pakistan rüstet auf

Trotz seiner Doktrin der „atomaren Zweideutigkeit“ gilt es mittlerweile als sicher, dass auch Israel über Atomwaffen verfügt. Zwischen 75 und 200 Nuklearwaffen soll das Land schon Mitte der 1980er-Jahre besessen haben und dazu über ein hochentwickeltes Trägersystem verfügen. Damit wäre Israel nach den USA, Russland, Frankreich und China die fünfgrößte Atommacht der Welt. Die Israelis selbst hüllen sich jedoch in Schweigen. Dass sie Nuklearwaffen besitzen, wird weder bestätigt noch dementiert. Da Israel bis heute nicht dem Atomwaffensperrvertrag angehört, muss

Israel schweigt

es auch keine Kontrollen durch die IAEA fürchten. Ein Erfolg der von der Überprüfungs-konferenz des NVV für 2012 geforderten Konferenz über eine kernwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten steht und fällt deshalb mit der Kooperationsbereitschaft Israels – impliziert das Vorhaben doch, das Land müsse seine Nuklearwaffen, die es offiziell gar nicht besitzt, aufgeben.

Nordkorea – Der nukleare Paria

Neben Pakistan geht derzeit von Nordkorea die größte Proliferationsgefahr aus. Militärexperten schätzen, dass das Land spaltbares Material für zwei bis neun Atombomben des Hiroshima-Typs besitzt. Ein erster Test im Oktober 2006 wurde von westlichen Experten noch als gescheitert gewertet. Doch am 25. Mai 2009 ließ das Regime eine weitere Bombe detonieren, die nun eine Sprengkraft von 10 bis 20 Kilotonnen TNT erreichte. Dies entspricht in etwa der Zerstörungskraft jener Bomben, die im Zweiten Weltkrieg Hiroshima und Nagasaki verwüsteten. Seit dem hält sich das Land für unangreifbar – und dies nicht ganz zu Unrecht. Denn die bislang offene Frage, ob Nordkoreas Atomwaffen tatsächlich einsetzbar sind, spielt kaum eine Rolle. Entscheidend ist, ob die internationale Gemeinschaft an die Einsatzfähigkeit glaubt oder nicht. Die vorherrschende Meinung ist hier, dass man es lieber nicht darauf ankommen lassen möchte. Der Abschreckungseffekt funktioniert also bereits. Zudem soll Nordkorea über ein gewaltiges Arsenal an chemischen und biologischen Waffen verfügen, die mit Raketen, von denen das Land an die 2.000 unterschiedlichster Reichweite besitzt, ins Ziel gebracht werden können. Schon jetzt zählt die Raketentechnik Nordkoreas zu seinen wenigen – um nicht zu sagen einzigen – erfolgreichen Exportgütern. Iran, Syrien und Pakistan gelten als Pjöngjangs beste Kunden. Am 23. November 2010 beschoss die nordkoreanische Artillerie die südkoreanische Insel Yeonpyeong; vier Menschen, darunter zwei Zivilisten, kamen ums Leben. Nordkoreas ständige Provokationen sind auch in den Schwierigkeiten, die sich aus der geplanten Machtübergabe von Kim Jong Il an dessen jüngsten Sohn Kim Jong Un ergeben, begründet. Der Stabwechsel soll bzw. muss trotz des desolaten Zustandes der Wirtschaft erfolgen. Die USA, Japan und Südkorea sind enger zusammengerückt, weil sie Nordkorea immer stärker als Bedrohung empfinden. China hat bislang nur begrenzt eine hilfreiche Rolle gespielt und will Nordkorea nicht fallen lassen. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das Regime sind beschränkt, sodass Sanktionen und die Wiederaufnahme der Sechsergespräche die besten aller schlechten Optionen bleiben.

Iran als atomare Schwellenmacht

Iran verfügt derzeit über rund 8.000 Zentrifugen der ersten Generation zur Urananreicherung in seiner Anlage in Natanz im Zentrum des Landes. Der UN-Sicherheitsrat erließ bereits mehrfach Sanktionen gegen Iran, weil es sich seit Jahren weigert, mit den internationalen Inspektoren der IAEA zusammenzuarbeiten. Die Machthaber in Teheran provozierten auch anderweitig die Weltgemeinschaft. So verhandelten sie lange über eine Tauschvereinbarung – die Auslagerung des Großteils ihres angereicherten Urans gegen die Lieferung der Brennstäbe für den Teheraner Reaktor – und rückten dann doch von dem Deal ab. Entgegen allen Resolutionen des Weltsicherheitsrates reichern die Iraner Uran an. Und nicht nur auf 3,5 Prozent, sondern für die Herstellung der Brennstäbe auf fast 20 Prozent – ein großer Sprung Richtung Bombenmaterial. Allerdings muss das iranische Atomprogramm in jüngster Zeit eine Reihe von Problemen und Rückschlägen verkraften. So stagnieren die Arbeiten in wesentlichen Bereichen: Teheran konnte weder die Zahl seiner funktionierenden Zentrifugen noch die Menge des angereicherten Urans deutlich steigern. Der Computervirus „Stuxnet“ und der *cyberwar* dürften der Grund dafür sein. Experten gehen davon aus, dass der „elektronische

Wurm“ rund 1.000 der damals installierten 9.000 Zentrifugen zerstört habe; andere sprechen sogar von 3.000 zerstörten Zentrifugen. Hinter der Attacke sollen Israelis und US-Amerikaner stehen. Trotz dieser Rückschläge ist die Geschichte der iranischen Atomkrise eine ermüdende Kette von immer neuen Verhandlungsrunden, Drohungen, gegenseitigen Verdächtigungen und bislang erfolglosen Vermittlungsbemühungen. Immerhin hat Teheran jüngst signalisiert, neue Gespräche mit der IAEO aufzunehmen und den seit 2008 herrschenden Stillstand zu beenden. Ob dies ein echtes Angebot oder die übliche iranische Hinhaltenaktik ist, bleibt jedoch abzuwarten.¹⁴

Brasilien und in gewisser Weise Südafrika sind Beispiele dafür, dass man auch ohne Atomwaffen in die Liga der kommenden Führungsmächte aufsteigen kann. Beide Länder haben ihre Nuklearwaffenprogramme aufgegeben. Als Südafrikas Präsident Frederik Willem de Klerk am 24. März 1993 den Verzicht auf die seit 1974 entwickelten sieben Nuklearsprengköpfe bekannt gab, war dies ein historischer Schritt. Das Land am Kap war damit die erste Atommacht, die freiwillig auf ihr nukleares Waffenarsenal verzichtete. Im selben Jahr trat Südafrika dem NVV bei und öffnete vertragsgemäß seine Nuklearanlagen für Inspektoren der IAEO. Damit war eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu einem atomwaffenfreien Afrika aus dem Weg geräumt. Der Vertrag über die afrikanische kernwaffenfreie Zone (Pelindaba-Vertrag) von 1996 trat am 15. Juli 2009 in Kraft, nachdem Burundi ihn als 28. Staat ratifiziert hatte.

Südafrika stieg aus

Brasilien ist ein Beispiel für den weltpolitischen Aufstieg ohne Hilfe der nuklearen Machtwährung. Das nach Bevölkerung und Fläche fünfgrößte Land der Welt setzt gerade zum Sprung zur Weltwirtschaftsmacht an. Brasiliens politischer Einfluss hat ohne Zweifel zugenommen: Im Welthandel, bei der Klimadiskussion, als Sprecher des Südens bei der G20, zuletzt auch bei geopolitischen Konflikten wie im Fall von Iran bestimmt Brasilien heute die internationale Agenda mit. Den Aufstieg vom Underdog zum Superstar der Weltbühne verdankt das Land seinem kräftigen Wirtschaftswachstum seit 2002. Die ökonomische Leistung Brasiliens, das Ende der Neunzigerjahre noch vom Internationalen Währungsfonds vor der Staatspleite gerettet werden musste, hat sich in der Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (2003 – 2010) beinahe verdoppelt. Allein 2010 lag das Plus bei rund sieben Prozent. Bis 2016 dürfte das Land laut Prognosen der Weltbank in die Liga der fünf größten Wirtschaftsmächte aufgestiegen sein. Brasiliens Exportsektor profitiert vor allem von steigenden Rohstoffpreisen. Unter dem ehemaligen Präsident Lula ist das Land zu einem der wichtigsten Agrarexporteure (u. a. Zucker und Rindfleisch) der Welt aufgestiegen. Zudem verfügt das Land über gewaltige Eisenerzvorräte und vor seinen Küsten liegen Quellen mit geschätzt 8.000 bis 12.000 Milliarden Liter Öl. Sowohl Brasilien als auch Argentinien betrieben bis in die frühen Neunzigerjahre ambitionierte atomare Forschungsprogramme und arbeiteten auch an der Entwicklung von Nuklearwaffen, bevor beide Länder den Plänen, Massenvernichtungswaffen zu produzieren, öffentlich abschworen. Im Dezember 2008 verabschiedete Brasilien einen neuen nationalen Sicherheitsplan. Danach ist es erklärtes Ziel, Uran anzureichern und Atom-U-Boote zu betreiben. Dies soll jedoch in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern – darunter Argentinien – geschehen. Die Nachbarländer wollen in Zukunft gemeinsam einen Kernreaktor betreiben und Uran anreichern.

Brasilien: Vom Underdog zum Superstar

¹⁴ Vgl. Iran stimmt unter Vorbehalt zu. Möglicherweise neue Gespräche über umstrittenes Atomprogramm. In: NZZ, 12.07.2011. http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/iran_iaea_gespraech_e_atomwaffen_1.11341921.html (abgerufen am 01.10.2011).

Brasilien besitzt bereits zwei große Kernkraftwerke, bis 2013 soll ein drittes hinzukommen und bis 2050 sind 50 kleinere Meiler für den Nordosten des Landes geplant. Im Rahmen der neuen nationalen Verteidigungsstrategie soll Brasilien erstmals ein Atom-U-Boot, neue konventionelle Unter- und Überwasserboote sowie Hunderte Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Raketen und ein neues Satellitensystem bekommen. 2006 hat Brasilien eine Urananreicherungsanlage in Betrieb genommen und beherrscht seither den vollständigen Brennstoffkreislauf. Fukushima zum Trotz setzen Süd- und Mittelamerika also auch künftig auf die Atomkraft, sodass angesichts der Dual-Use-Gefahren weiterhin auf Brasilien geachtet werden muss. Noch hat die IAEO hier nur begrenzte Kontrollrechte, doch eine stabile demokratische Ordnung begünstigt das Bekenntnis zur Kernwaffenfreiheit.

**Die nukleare
Machtwährung
verliert an Wert**

Die Atombombe ist die klassische Waffe aus der Zeit des Mächtegleichgewichts und wird angesichts der neuen Konfliktszenarien zunehmend obsolet. Mit welcher Begründung können also Nuklearwaffen mit ihrem unvorstellbaren Zerstörungspotential noch eine sicherheitspolitische Option sein? Sie sind gegenüber den neuen Bedrohungen wirkungslos. *Cyberwar*-Angriffe und terroristische Attacken, *failed states*, Ressourcenknappheit und Umweltprobleme lassen sich nicht nuklear abschrecken. Atomwaffen werden ihre Funktion verlieren. In den Augen der meisten Staaten dürften sie sich auf Dauer als zu teuer und zu ineffizient erweisen. Hinzu kommt die wachsende Unmöglichkeit, atomare Drohungen zur Erreichung politischer oder wirtschaftlicher Ziele zu benutzen. Bei den Kriegen der Franzosen in Algerien, der USA in Vietnam und Afghanistan, Indiens in Sri Lanka und der NATO im ehemaligen Jugoslawien spielte der Besitz von Nuklearwaffen de facto keine Rolle. Mit anderen Worten: Atomwaffen sind wirkungslos, weil ihr Einsatz unglaublich und unverhältnismäßig ist. Der einzige *verhältnismäßige* Einsatz von Atomwaffen ist die Reaktion auf einen Angriff mit Atomwaffen. Die Bombe verleiht also nicht per se mehr Macht. Und die Macht, die sie verleiht, ist keine Gestaltungsmacht, sondern Verhinderungs- und Abschreckungsmacht. „Es mehren sich also immer mehr die deutlichen Anzeichen für die zunehmende politische Impotenz und die Unanwendbarkeit der Atomwaffen.“¹⁵ Es bleibt deshalb zu wünschen, dass sich unter den Groß- und Weltmächten der Zukunft diese Erkenntnis durchsetzen wird und ein „nukleares Lernen“ beginnt. Der atomare Verzicht Brasiliens und die relativ geringe Bedeutung, welche die künftige Weltmacht China bisher den Nuklearwaffen beimisst, stimmen hoffnungsvoll. Trotz der enormen Arsenale auf Seiten der USA und Russlands und trotz der konkreten Proliferationsgefahren spricht einiges dafür, dass die Bombe künftig nicht mehr zwangsläufig zu den Insignien einer Großmacht gehören wird. Eine moderne Weltmacht muss, um in der Zukunft bestehen zu können, mehr sein als es die bisherigen historischen Supermächte waren. Militärische Schlagkraft spielt eine zunehmend geringere Bedeutung. Die Weltmächte der Zukunft brauchen *soft power*, Friedens- und Stabilisierungsfähigkeiten, die Einbindung in kooperative Sicherheitssysteme, den Willen zur regionalen Zusammenarbeit und die Bereitschaft, internationale Verantwortung zu übernehmen, sei es im Rahmen der UN oder von Regionalbündnissen.

Wie sichern Großmächte ihren Status, wenn die nukleare Abschreckung entfällt? Würde dann nicht die Hemmschwelle zum Einsatz herkömmlicher Waffen sinken? Denn zöge man Atomwaffen als „große Gleichmacher“ aus den Machtbalancen heraus, sagen Global-Zero-Gegner wie Lee Willett vom britischen Royal United

15 Deutsch, Karl W.: Die Zukunft der Weltpolitik. In: Atomzeitalter 1-2/1968, S.349-365, hier S. 363.

Services Institute (RUSI), neigten sich die militärischen Waagschalen bedrohlich zugunsten der übermächtigen USA. Vor allem China und Russland sahen sich in einer nuklearwaffenfreien Welt gezwungen, ihre Luftstreitkräfte, Flotten und Geschütze der konventionellen Feuerkraft der Vereinigten Staaten anzupassen. Globale atomare Abrüstung führe damit automatisch zu einer Aufrüstung mit konventionellen Waffen, die im Gegensatz zur Atombombe auch eingesetzt würden. Willet hält Global Zero deshalb geradezu für gefährlich.¹⁶ Richtig ist: Ohne verlässliche regionale Sicherheitsabkommen ist eine kernwaffenfreie Welt undenkbar. Wenn es ein positives Erbe des Kalten Krieges gibt, dann ist es das System der vertraglich gestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle mit umfangreichen Verifikationsmechanismen und Inspektionsregimen. Doch entscheidend für eine atomwaffenfreie Zukunft sind weder seitenlange Dokumente, noch wohlfeile Absichtserklärungen, sondern einzig und allein der politische Wille der Nuklearmächte, allen voran der USA und Russlands. Solange diese nicht substantiell ihre Atomwaffen reduzieren, bleibt die Vision von einer nuklearwaffenfreien Welt ein frommer Wunsch. Zudem sollte man über der atomaren Frage die aktuellen Steigerungen der weltweiten Rüstungsausgaben nicht aus den Augen verlieren. Denn die Friedensdividende nach dem Kalten Krieg war nur von kurzer Dauer. Gemessen an den Rüstungsausgaben ist die Situation heute so unsicher wie seit 20 Jahren nicht. Mit weltweit rund 1,2 Billionen Euro haben die Ausgaben 2009 ein neues Hoch erreicht.¹⁷ Global Zero kann deshalb nur ein erster Schritt hin auf eine Welt ohne Atomwaffen sein, wenn parallel dazu auch die Abrüstung und die Rüstungskontrollregime im Bereich der konventionellen Waffen bis hin zu den Minen, den Klein- und Handfeuerwaffen gestärkt und ausgebaut werden.

Ist eine atomwaffenfreie Welt eine gefährlichere Welt?

Die Welt des 20. Jahrhunderts war nicht nur ideologisch geprägt, sondern in der zweiten Hälfte auch bipolar: geteilt in einen liberal-kapitalistischen und einen autoritär-sozialistischen Teil, der sich um jeweils eine Weltmacht gruppierte. An diesen beiden Machtzentren hatten die anderen Staaten sich auszurichten wie die Magnetnadel in einem Kompass. Die Jahre 1989/91 markieren den Übergang vom 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Ideologien, ins nachideologische 21. Jahrhundert, das wie das vorideologische „lange 19. Jahrhundert“ wieder verstärkt von interessenorientierter Großmachtspolitik geprägt ist.¹⁸ Nach dem relativen Machtverlust der USA könnte die internationale Politik in Zukunft wieder mehr einem Konzert der Mächte ähneln, wie es das Europa des 19. Jahrhunderts kannte.¹⁹ China, Indien, Brasilien, Russland, die EU und vielleicht sogar künftig die Vereinigten Staaten werden keine alles überstrahlenden Weltmächte sein, sondern eher Großmächte im klassischen Sinn. D. h. mit Abstufungen, in unterschiedlicher Rangfolge, alle mit dem Anspruch auf selbstständige Mitgestaltung der Weltordnung, nicht jedoch auf Vorherrschaft. Und auch diese Mächte werden sich, wie Briten, Deutsche und Franzosen vor hundert und mehr Jahren, auf die Dauer in ihrer Politik keine großen ideologischen Rücksichten erlauben können; zu weitreichend sind die wechselseitigen Abhängigkeiten. Hinzu kommen globale Herausforderungen – Klimaschutz, Terrorbekämpfung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen –, die nur im Verbund der großen Mächte zu lösen sind. Kurz: Die neue Welt ist nicht in Blöcke eingeteilt, sie ist offen, unideologisch, politisch

Ausblick auf die Welt von morgen

16 Vgl. Willet, Lee: Brown's Grand Global Bargain and Reducing UK Nuclear Weapons Levels. RUSI, 27.03.2009.

17 Vgl. SIPRI Yearbook 2011, Stockholm 2011.

18 Nicht umsonst grenzen die Historiker das „kurze 20. Jahrhundert“ mit den Epochengrenzen 1917 und 1991 ab: beginnend mit der russischen Revolution, die Konterrevolution und Faschismus in anderen Staaten nach sich zog, und endend mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Weltreichs. Vgl. Hobsbawm, Eric J. / Badal, Yvonne: Das Zeitalter der Extreme. Carl Hanser, München 1995. Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter, 1875-1914. Campus-Verlag, Frankfurt a. M./New York 1989.

19 Henry Kissinger prophezeite bereits Ende der 1980er-Jahre, dass das Mächtekonzert des 21. Jahrhunderts mehr der europäischen Pentarchie des langen 19. Jahrhunderts (1789 bis 1917) ähneln werde.

und wirtschaftlich vernetzt. Die Weltordnung wird von mehr Akteuren getragen als je zuvor – aber gleichzeitig nur von wenigen in ihrem Bestand garantiert.

Mit anderen Worten: Trotz der nach wie vor bestehenden absoluten Überlegenheit des Westens (EU, USA und Japan) verteilen sich die Gewichte im entstehenden multipolaren System neu. Die Macht internationaler Organisationen verringert sich dabei zunehmend zu Gunsten von formellen und informellen Staatenclubs wie G2, G8 oder G20. Nach Pittsburgh hoffen viele, die G20 könnten die aufsteigenden Mächte des Ostens und des Südens zu Mitgestaltern einer zu entwerfenden neuen Weltordnung machen. Das, was vielen hierbei vorschwebt, könnte man eine Art „Metternich-Lösung“ nennen, quasi einen „globalisierten Wiener Kongress“, ein globales Konzert der Mächte, bei dem sich US-Amerikaner und Asiaten, Europäer und Afrikaner, Lateinamerikaner und Russen zusammensetzen, um beispielsweise eine international verbindliche Finanzmarktsteuer durchzusetzen.

Die Rückkehr Chinas auf die Weltbühne nach zwei Jahrhunderten Auszeit, der Aufstieg Indiens und die Wiederkehr Russlands als Rohstoffweltmacht verlangen ein neues, globales Management der internationalen Beziehungen, von Rüstung und Rüstungskontrolle bis zu Copyright und Sicherung von Rechtsräumen. Die Gipfeltreffen im Rahmen der G20 sind zum wichtigsten globalen Forum geworden, um die internationale Reaktion auf die Krise des Finanzsystems abzustimmen. Am Aufstieg der G20 wird auch die gewachsene wirtschaftliche und politische Bedeutung der Schwellenländer deutlich, allen voran Chinas und Indiens. Die Mitglieder der G20 repräsentieren rund zwei Drittel der Weltbevölkerung und fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Trotz alledem drohen die G20, die nach dem Lehman-Crash 2008 einen kurzen Moment lang als eine Art neue Weltregierung gefeiert wurden, zu einer weiteren Standardnummer im alljährlichen Gipfelzirkus zu werden. Zudem fehlt ihnen etwas Entscheidendes: nämlich die völkerrechtliche Legitimation der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates.

Handeln – jetzt! Seit 1989 wurden ständig neue Epochen proklamiert: ein liberal-demokratisches Ende der Geschichte (Francis Fukuyama), ein Kampf der Kulturen (Samuel P. Huntington), eine Epoche der „neuen Kriege“ (Herfried Münkler) und infolge des 11. September 2001 der „Krieg gegen den islamistischen Terrorismus“ (George W. Bush). Die kommende Dekade wird zeigen, ob die alten, westlichen Mächte und die Aufsteiger um China, Indien und Brasilien in einen Nullsummen-Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen, Märkte, Macht und Verbündete abgleiten, oder es im kooperativen Rahmen (der G20) gelingt, ein Klima zu schaffen, mit dem die Menschheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts zu bewältigen sind. Die offiziellen Atomkräfte des Kernwaffensperrvertrages könnten das Ihrige dazu beitragen, indem sie zeigen, dass sie aus der Geschichte des Kalten Krieges die richtigen Lehren gezogen haben und Nuklearwaffen weltweit abrüsten, abschaffen und ächten.

Bisher erschienene **Welt TrendsSpezial:**

- 1 | **Der Aufstand des Jahres 1432**
– Aktuelle Umbrüche im Nahen Osten und die Weltpolitik
Lutz Kleinwächter / Raimund Krämer
- 2 | **Eine Wirtschaftsregierung für die Europäische Union**
Wilhelm Ersil
- 3 | **Jenseits von Grün**
– Aktuelle Entwicklungen in Iran
Arash Sarkohi / Azadeh Zamirirad
- 4 | **Solidarität in der Euro-Krise**
Heinz Kleger